

Anno ... 39. Woche

1883, 28. September: Eine anarchistische Gruppe um den ehemaligen Sozialdemokraten August Reinsdorf verübt einen Anschlag auf eine Festhalle in Rüdesheim am Rhein. Ursprünglich war geplant, Kaiser Wilhelm I. bei seinem Besuch zur Einweihung des Niederwalddenkmals mittels Sprengstoff zu töten. Da es nicht gelingt, den Sprengstoff zu zünden, weichen die Attentäter auf ein anderes Ziel aus. Dank der Informationen eines Polizeispitzels, der die Gruppe zuvor finanziell unterstützt hatte, werden nach und nach alle Beteiligten festgenommen. Die Regierung nutzt den missglückten Anschlag als Argument für die Verlängerung des Sozialistengesetzes. Nach einem Hochverratsprozess werden Reinsdorf und zwei weitere Mitstreiter zum Tode verurteilt. Reinsdorf und Emil Kuchler sterben im Februar 1885 unter dem Fallbeil.

1923, 26. September: Reichskanzler Gustav Stresemann (DVP) verkündet das Ende des passiven Widerstands gegen die militärische Besetzung der Ruhr durch Frankreich und Belgien infolge der Nichterfüllung der Bestimmungen des Versailler Vertrags. Die Weimarer Republik hatte seit Januar die Löhne von etwa zwei Millionen Arbeitern im Ruhrgebiet übernommen und durch vermehrten Gelddruck die Inflation verstärkt. Die Besetzung der Ruhr wird im Sommer 1925 beendet, nachdem mit dem sogenannten Dawes-Plan eine Neuregelung der Reparationszahlungen an die Siegermächte des Ersten Weltkriegs ausgehandelt worden ist.

1938, 27. September: Mit der Fünften Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 15. September 1935 entziehen die Nazis den jüdischen Rechtsanwälten im Reich die Zulassung. Nur »bei Bedürftigkeit und Würdigkeit« seien den Betroffenen, »soweit sie Frontkämpfer sind, (...) jederzeit widerrufliche Unterhaltszuschüsse« auszuzahlen.

1973, 28. September: Im niederösterreichischen Marchegg nehmen Mitglieder der palästinensischen Gruppe Al-Saika (Adler der palästinensischen Revolution) drei jüdische Emigranten aus der Sowjetunion sowie den österreichischen Zöllner Franz Bobits als Geiseln und verlangen ein Flugzeug. Die österreichische Regierung unter Kanzler Bruno Kreisky (SPÖ) gibt den Forderungen nach. Nachdem die Geiseln freigelassen worden sind, fliegen die Geiselnehmer nach Libyen aus.

<https://www.jungewelt.de/artikel/340356.anno-39-woche.html>